



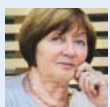
THÜRINGEN LIBERAL

ZEITSCHRIFT DER FREIEN
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
04 | 2008 JAHRGANG 6



Chancengerechtigkeit

Kündigungsschutz verhindert dynamischen Arbeitsmarkt



Gespräche an der Basis: Dr. Christine Baumgarten, Liberale Frauen e.V. Thüringen



73-jähriger Rentner im Deutschen Bundestag: Planspiel „Jugend und Parlament 2008“



Angriffe auf unsere Urteilskraft: Über Wahrheit und Lüge im öffentlichen Raum



Alle Kraft auf 2009

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,



in der letzten Ausgabe der Thüringen Liberal habe ich Sie unter anderem zu unseren Regionalkonferenzen, die im April stattfanden, eingeladen. Sie sind dieser Einladung zahlreich gefolgt und haben mit vielen engagierten und interessanten Beiträgen und Vorschlägen dazu beigetragen, dass diese Veranstaltungen sehr erfolgreiche Schritte auf dem Weg ins Wahljahr 2009 waren. Die vielen inhaltlichen Anregungen gilt es nun zu untersetzen, mit Anträgen aus den Kreisverbänden und mit Positionierungen des Landesvorstandes, um so das Wahlprogramm der FDP für die Landtagswahl im Jahr 2009 zu einem echten Programm für Freiheit und Gerechtigkeit werden zu lassen.

Aber nicht nur inhaltlich waren die Diskussionen außerordentlich positiv, auch eine personelle Entscheidung stand im Mittelpunkt der Konferenzen. Meine Entscheidung, mich für unsere Thüringer FDP als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2009

zur Verfügung zu stellen, die ich wenige Tage vorher bekannt gegeben hatte, fand die einhellige Unterstützung auf allen drei Regionalkonferenzen. Dafür und auch für die vielen positiven und unterstützenden Reaktionen, die mich seither erreicht haben, möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Viele dieser Schreiben, Telefonate und persönlichen Gespräche waren von einer hohen und positiven Emotionalität, die mich wirklich sehr berührt, mich glücklich aber auch stolz auf mein Amt als Ihr Landesvorsitzender macht. Die vielen Zusicherungen für gemeinsame engagierte Wahlkämpfe im nächsten Jahr haben meine Zuversicht und meine Gewissheit verstärkt, dass wir Thüringer Liberale im nächsten Jahr große Erfolge erzielen werden.

Ich werde bei der fast gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl nicht kandidieren, dies sei hier nochmals deutlich gesagt. Keiner soll glauben oder auch nur behaupten können, ich würde nicht an unseren

Erfolg bei der Landtagswahl glauben! Ich habe mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht, aber sie ist mir leicht gefallen, es ist keine riskante Entscheidung, wie manche Journalisten nachfragten. Ich habe diese Entscheidung getroffen in einer Gewissheit: dass wir Liberale im nächsten Jahr in den Thüringer Landtag einziehen, weil dieses Land eine liberale Kraft im Parlament, in der Regierung braucht, um den Stillstand der letzten Jahre zu beenden und Kräften der Vergangenheit unsere schöne Heimat nicht für neokommunistische Experimente zu überlassen! In diesem Sinne freue ich mich auf viele Begegnungen mit Ihnen,

Herzliche Grüße

Uwe Barth MdB
Landesvorsitzender FDP Thüringen

Sport und Gesellschaft

Gegen den „erhobenen Zeigefinger“

Mit Freude habe ich das Interview mit Ex-Olympiateilnehmerin Vera Hohlfeld in der letzten Ausgabe der Thüringen Liberal gelesen. Aus meiner Sicht muss man sich dem Sachgebiet Sport in Thüringen stärker widmen. Die Symbiose zwischen Leistungssport und Wirtschaftskraft spielt im Freistaat eine gewichtige Rolle. Andererseits dürfen die Belange des Breitensports, vor allem der Kinder und Jugendlichen nicht vernachlässigt werden.

Thüringen ist, und das ist gut so, Wintersportland Nummer Eins. Man denke nur an die Biathleten im Frauen- und Männerbereich, an die Nordisch-Kombinierer, an die Langläuferinnen und Langläufer aus dem Freistaat. Sie bestimmen in ihren Disziplinen das Niveau an der Weltspitze, sie lösten einen Boom in Deutschland aus.

Zehntausende besuchen die Veranstaltungen. In Oberhof und anderen Thüringer Orten ist dies ein nicht mehr wegzudenkender Wirtschaftsfaktor. Dies zu bewahren und die Spitzenstellung Thüringens in Konkurrenz zu anderen Wintersportstandorten in Deutschland auszubauen, ist eine nicht zu unterschätzende Aufgabe.

Ebenso muss der Breitensport einen hohen Stellenwert einnehmen. Übergewicht, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, nimmt zu. Die körperliche Aktivität hat eine zentrale Bedeutung für die Behandlung von Übergewicht. Die Gesundheit unserer Kinder braucht einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Der „erhobene Zeigefinger“ oder eine „Früher-war-alles-besser-Mentalität“ hilft dabei nicht. Oftmals geht es um kleine Veränderungen.

Wer will schon auf einem Sportplatz kicken, wo seit Jahren die Tore vermodern oder der Rasen kaum gemäht wird? Warum werden Schulsportstätten so wenig für die Freizeitgestaltung angeboten? Und wie oft beschwerten sich Anwohner, wenn am Nachmittag ein Basketball krachend im Korb landet? Es wird Jugendlichen nicht immer leicht gemacht. Eine große Rolle kann dabei das Sporttreiben in einem der vielen Vereine in Thüringen leisten. Dafür muss das sportliche Vereinsleben auf vielfältige Weise gestärkt und dauerhaft erhalten werden. Als Mitglied im FDP-Bundesfachausschuss Sport werbe ich auch in Thüringen für diese Ziele. Unsere Kinder werden es uns später einmal danken. *Marian Koppe, Vorsitzender der FDP des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt*



Gespräche an der Basis

FDP-Basisarbeit muss in die breite Mittelschicht getragen werden

Was sagt die liberale Basis in Thüringen zu aktuellen Themen. Thüringen Liberal sprach mit Frau Dr. Christine Baumgarten, Kinderärztin und Jugendpsychaterin, stellvertretende Kreisvorsitzende der Liberalen Frauen in Erfurt.

ThL: Welche Krankheitssymptome machen Sie in der derzeitigen Politik fest?

Dr. Baumgarten: Die Antwort muss zweigeteilt werden. Aus Sicht der Bevölkerung würde ich eine depressiv resignative Stimmungslage feststellen. Aus Sicht der Politik einen schwindenden Realitätsbezug. Dadurch läuft sie Gefahr massiv an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

ThL: Was meinen Sie damit genau?

Dr. Baumgarten: Hier ein sehr gutes Beispiel – die Finanzpolitik. Die immense Abgabenlast und die hohen Steuern werden den gegenwärtigen Gegebenheiten nicht mehr gerecht. Das verstehen die Bürger nicht. Und ich meine auch zu Recht. Das beginnt bei einfachen Sachen, wie beispielsweise dem Bußgeldkatalog.

ThL: Wieso? Wir müssen doch gegen Raser vorgehen, oder?

Dr. Baumgarten: Ist das der Zweck der Erhöhung der Bußgelder? Nein, aus meiner Sicht geht es darum, mit dem gleichen Aufwand mehr Geld einzunehmen. Alkohol- und Drogenfahrten werden doch erst eingedämmt, wenn die Kontrollen um ein Vielfaches erhöht werden. Dafür wäre ein erheblich höherer Personalaufwand notwendig.

ThL: Gilt die unsolide Finanzpolitik auch für das Land Thüringen?

Dr. Baumgarten: Werden denn in Thüringen tatsächlich die Ausgaben zurückgefahren? Und was ist, wenn wirklich einmal 100.000 Euro eingespart werden? Wofür wird dieses Geld verwendet? Zumeist für politische Prestigeprojekte. Das gilt nicht nur für das Land, sondern insbesondere für die Kommunen.

ThL: Daher kommt also die depressiv resignative Stimmungslage?

Dr. Baumgarten: Die hoffentlich nicht zu falschem Wahlverhalten führt und die po-

litischen Ränder Links und Rechts stärkt. Nehmen Sie beispielsweise Berlin: Dort regieren die Linken und ich würde sagen, die Lebenssituation der Berliner hat sich insgesamt eher verschlechtert. Teure Kindergärten, hohe Kosten für das Schulesen, massiver Kulturabbau oder ärztliche Versorgung – in der Bundeshauptstadt regiert Rot-Rot. Ich wünsche mir das nicht für Thüringen.

ThL: Also muss die FDP Ihrer Meinung nach gestärkt werden?

Dr. Baumgarten: Ja, aus meiner Sicht muss das christlich-liberale Lager stark werden. Das geht, wenn wir für gerechtere, einfachere und niedrigere Steuern und Abgaben eintreten. Die Basisarbeit der FDP muss in die breite Mittelschicht getragen werden. Und damit meine ich nicht nur den Mittelstand, sondern vor allem diejenigen, die hart arbeiten. Und wir müssen uns stärker auf die Probleme der Jugend konzentrieren. Die Kinder und Heranwachsenden sind unsere Zukunft – und zwar unsere einzige, mehr haben wir nicht. *pak*

Chancengerechtigkeit für Arbeitnehmer

Kündigungsschutz verhindert dynamischen Arbeitsmarkt

Es gibt ein verbindendes Element zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern: Verantwortung. Arbeitgeber tragen dafür Sorge, dass Mitarbeiter leistungsfähig und motiviert sind. Demgegenüber sind Arbeitnehmer verantwortlich, ihre Arbeitskraft zum Wohle des Unternehmens einzusetzen. Kleine und mittelständische Unternehmen haben eine besondere gesellschaftliche Verantwortung, weil sie ihren Beschäftigten eine berufliche Perspektive und deren Familien ein wirtschaftliches Auskommen bieten. Das Prinzip Verantwortung am Arbeitsmarkt ist ein Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit. Ist diese Interdependenzkette unterbrochen, ist der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmers ebenso tangiert wie die finanzielle Existenz des Einzelnen.

Seit jeher ist der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in besonderem Maße der staatlichen Regulierung unterworfen. Ausgangspunkt aller Regulationsmechanismen ist die Annahme, Unternehmertum sei zuerst eigenmotiviert und nehme keine Rücksicht auf die Einzelinteressen. Arbeitnehmer müssten folglich vor den negativen Auswüchsen unternehmerischen Handelns geschützt werden. Unternehmern wird unterstellt, sie wollten ihre Mitarbeiter zur Gewinnmaximierung ausbeuten. Diese Denkweise verkennt die wechselseitige Verantwortung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgebern und kriminalisiert letztere einseitig.

Kern der Regulierungsmaßnahmen ist das Kündigungsschutzrecht. Es bietet kei-

nen Schutz vor Kündigung, sondern beschränkt den Zugang zum Arbeitsmarkt. Für bestimmte Personengruppen ist es heute schwierig, in den Arbeitsmarkt einzutreten. Dies betrifft nicht nur gering qualifizierte Langzeitarbeitslose. Auch für Berufsanfänger mit akademischer Bildung, junge Frauen im gebärfähigen Alter und Mütter, die nach der Familienphase in den Beruf zurückkehren wollen ist der Zugang zum Erwerbsleben verbarrikadiert. In der Praxis wird die intendierte Wirkung des Kündigungsschutzrechts nicht erzielt. Entlassungen sind – so bedauerlich sie für die Einzelnen sind – eine ökonomische Notwendigkeit. Folge verfehlter arbeitsrechtlicher Regelungen im Falle der Kündigung ist die zunehmende Zahl der gerichtlichen



Auseinandersetzungen. Das undurchsichtige deutsche Arbeitsrecht schafft vor allem für kleine und mittelständische Betriebe immense Bürokratie, die mit enormen Kosten und Zeitaufwand verbunden ist. Aus Furcht vor möglichen Prozessen im Falle der Entlassung zögern gerade Mittelständler; neue Arbeitsplätze zu schaffen – mit dem Ergebnis, dass die Belastung für die bestehende Mitarbeiterschaft steigt.

Dass der Kündigungsschutz den wirtschaftlichen Erfordernissen unternehmerischen Handelns widerspricht, zeigt sich auch am Boom der Zeitarbeitsbranche. Schnelle Verfügbarkeit von Arbeitskräften und die ebenso rasch mögliche Reduzierung der Beschäftigten macht es für Unternehmen attraktiv, auf befristet eingestellte Mitarbeiter zurückzugreifen. Eine Gesellschaft muss es jedem ermöglichen, seine Talente entfalten und zum Wohle aller einbringen zu können. In diesem Sinne muss der Arbeitsmarkt Leistungsgerechtigkeit schaffen. In Deutschland wird dies

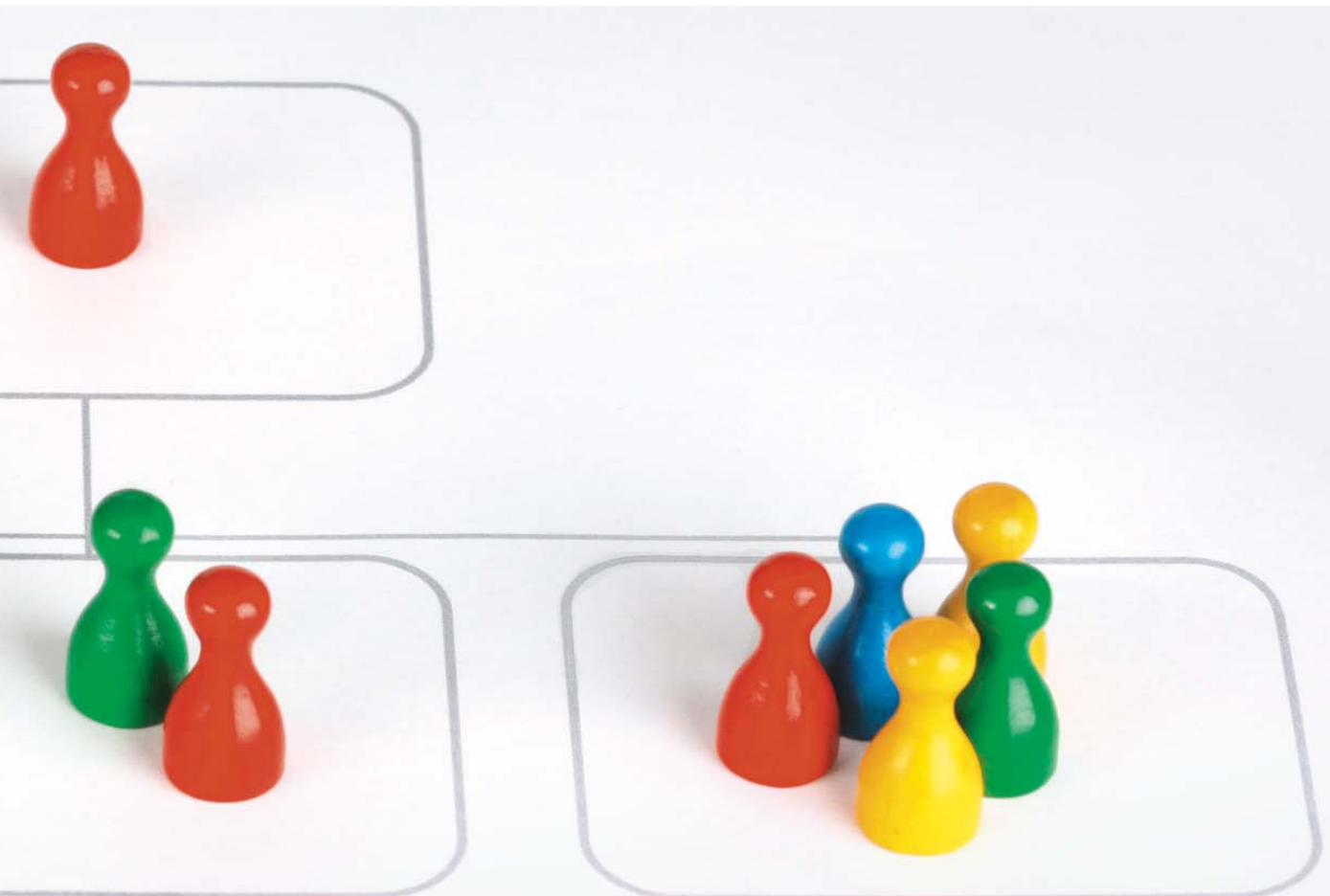
durch den Kündigungsschutz, besonders durch die Sozialverträglichkeitsprüfung verhindert. Es ist nicht nur aus Sicht des Arbeitgebers vollkommen kontraproduktiv, Entlassungen nach staatlich verordneten Kriterien der sozialen Gerechtigkeit vorzunehmen, sondern belohnt die Leistungsbereiten nicht angemessen.

Das Bedürfnis der Bürger nach einem sicheren Auskommen ist am besten durch einen aufnahmefähigen Arbeitsmarkt zu befriedigen. Nur wenn Unternehmen in der Lage sind, Mitarbeiter flexibel zu beschäftigen, kann sich eine wirtschaftliche Dynamik entwickeln, durch die langfristig Arbeitslosigkeit abgebaut wird und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes nicht existenzbedrohend ist. Ein solches System ermöglicht es allen Mitgliedern der Gesellschaft, Vertrauen in das Funktionieren der Mechanismen des Marktes zu gewinnen und die individuelle Entscheidungsfreiheit über die Gestaltung des Lebensweges zu nutzen. *Thomas L. Kemmerich*



INFORMATIONEN ZUM AUTOR

Thomas L. Kemmerich, geboren 1965 in Aachen, lebt seit 1989 in Thüringen. Er ist Kreisvorsitzender der FDP Erfurt, Landesvorsitzender des Liberalen Mittelstandes Thüringen und stellvertretender Bundesvorsitzender dieser Vereinigung. Der studierte Jurist ist Vorstandsvorsitzender der Friseur Masson AG und Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss des Zentralverbandes des Deutschen Friseurhandwerks.



Herr Amwinkel von der APD

Ein Rentner im Deutschen Bundestag

Heribert Amwinkel sitzt seit über 20 Jahren für die Arbeiterpartei Deutschlands (APD) im Bundestag. Herr Amwinkel ist verheiratet, hat eine Tochter und arbeitet beim Zoll an der Deutsch-Dänischen Grenze. Mit seinen 73 Jahren gehört er zu den älteren Parlamentariern. Wenn Herr Amwinkel das Bundestagsgebäude verlässt, ist er wieder der 17-jährige Fabian Schreiber, kommt aus Dornburg bei Jena und geht in letztgenannter Stadt zur Schule. Fabian Schreiber nahm Anfang Juni am Planspiel „Jugend und Parlament 2008“ in Berlin teil. Nominiert dafür hatte ihn der FDP-Bundestagsabgeordnete und Landeschef Uwe Barth MdB. Dass Fabian Schreiber ausgerechnet in die Rolle des 73-jährigen Sozialdemokraten schlüpfte, war nicht seine Idee. „Der Lebenslauf wurde mir zugewiesen. Offensichtlich sollten die fiktiven Mandatsträger nah an der Wirklichkeit sein. Es ist aber erstaunlich, wie schnell man in diese Rolle schlüpft“, so Schreiber.

Das Parlament im Planspiel gleicht der Realität. Debattiert wird an den Originalschauplätzen, also in den Ausschuss- und Fraktionssälen, die Plenardebatte findet im Deutschen Bundestag statt. „Der Zutritt dort ist eigentlich nur den Abgeordneten und dem Saaldienst gestattet. Ich empfand es als große Ehre, den Plenarsaal zu betreten“, beschrieb Fabian Schreiber seine erste Plenardebatte. Die fünf Fraktionen gleichen der Realität, die zwei größten stellen die Koalition. Nur deren Namen sind anders, obwohl klar ist, wer für was steht: Neben der APD sitzen die Konservative Volkspartei (KVP), die Liberale Reformpartei (LRP), die Partei der sozialen Gerechtigkeit (PSG) und die Ökologisch-Soziale Partei im „Planspiel-Bundestag“.

Simuliert wurde der komplette Weg der deutschen Gesetzgebung. Den Jugendlichen sollten eigene Erfahrungen und Einblicke in die komplexen parlamentarischen Abläufe sowie der Arbeit in den Fraktionen vermittelt werden. Herrn Schreiber fielen dabei Erfahrungen auf, die in den Medien nur selten beleuchtet werden. „Ein enger Terminplan, der in aller Frühe beginnt und sich bis in die späten Abendstunden hinzieht.“ Die Tagesgestaltung ist beachtlich: Frühstück ist um 06.45 Uhr, danach folgen Fraktionssitzung, Landesgruppensitzung oder Arbeitsgruppensitzung, danach wieder Fraktionssitzung, um die sogenannte „Fraktionsstrategie“ abzustimmen. Anderntags folgen Plenarsitzungen, Ausschusssitzungen und eben wieder Fraktionssitzungen. Herr Schreiber, oder besser Herr Amwinkel, sitzt übrigens im Europaausschuss. Dieser war beratender Ausschuss in der Frage, ob Europas Position durch einen deutschen Sitz im Welt sicherheitsrat gestärkt werden kann. „Im Ausschuss haben wir uns mit allen Fraktionen auf eine gemeinsame Linie geeinigt“, sagt Herr Amwinkel. „Auch mit den Linken?“, bohrt MdB Uwe Barth nach. „Ja.“ – Darauf Barth: „Das ist neu. Die Linken sind eigentlich gegen alles.“

Allerdings beschäftigte Herrn Amwinkel in der Halbzeit des Planspiels ein anderes Thema. Sein Fraktionschef hatte in der Fraktionssitzung scharfe Kritik an der PSG, also der Fraktion ganz Links, geübt. Dies zog den Missmut einiger Fraktionsmitglieder auf sich. Herr Amwinkel steht allerdings zum Fraktionschef. Schließlich kommt er aus seiner Landesgruppe und gute Kontakte sind wichtig. Mehr wollte Herr Amwinkel nicht äußern. „Das ist eine interne Angelegenheit, die wir unter

uns klären werden“, sagt Herr Schreiber ganz so, als sei er wirklich der Herr Amwinkel. „Außerdem weiß ich nicht, wie viel ich sagen darf“, schiebt er hinterher. Am Ende aber habe man sich ausgesprochen und zurück zur Geschlossenheit gefunden. Ganz wie im richtigen (politischen) Leben.

Rückblickend gab der „Jung-MdB“ mehrere Eindrücke wieder. Als Herr Amwinkel stellte er fest, dass die große Koalition alle ihre Vorhaben durchgebracht habe. Er selbst habe ganz auf Koalitionslinie gestimmt, auch wenn einige Einwürfe der Opposition richtig oder seine persönliche Ansicht zuweilen anders gewesen sei. „Die Koalition muss halten“, begründete Herr Amwinkel seine Abstimmung. Und er habe als „älterer Parlamentarier“ zuweilen auch auf jüngere Kollegen einwirken müssen. Fabian Schreiber indes, der nach seinem Ausflug in die Politik nun wieder die Schulbank drückt, resümiert, dass es für nicht wenige „Parlamentskollegen“ manchmal schwierig war; ihre eigene Meinung zu unterdrücken und sich der Fraktionsdisziplin unterzuordnen. Er betonte allerdings den höflichen Umgangston und das gute Miteinander; dass bei den Jugendlichen geherrscht habe.

Fabian Schreiber will nach seinem Abitur erstmal studieren, Biochemie oder Medizin. Nach den Erfahrungen im Bundestag allerdings sagt er: „Das Leben eines Abgeordneten ist härter, als viele glauben. Ich könnte mir aber vorstellen, irgendwann für den Bundestag zu kandidieren.“ Dann müsste er jetzt in die richtige Politik einsteigen. „Das habe ich mir auch schon überlegt. Ich will mal bei einer Jugendorganisation vorbeischaun.“ Vielleicht haben die JuLis demnächst Besuch von Herrn Amwinkel bzw. Herrn Schreiber. pak



Der 17-jährige Fabian Schreiber alias Heribert Amwinkel vor dem Reichstag, im Plenum und am Schreibtisch des Bundestagsabgeordneten Uwe Barth.

IMPRESSIONEN VOM FDP-BUNDESPARTEITAG IN MÜNCHEN



Bild 01 (v.l.n.r.): Ein kurzer Schwatz zwischendurch – Jenas Kreischeff, Thomas Nitzsche mit Guido Westerwelle und Yvonne Probandt | Bild 02: Uwe Barth und Franka Hitzing | Bild 03 (v.l.n.r.): Stehende Ovationen – Holger Joseph, Franka Hitzing, Uwe Barth, Peter Casper; Patrick Kurth, im Hintergrund Thomas Kemmerich und Lutz Recknagel | Bild 04 (v.l.n.r.): Zwischen den Beratungen – Peter Röhlinger, Raimund Kolbe und Evelyn Zschächner | Bild 05: Landesvorsitzender Uwe Barth MdB | Bild 06 (v.l.n.r.): Gute Stimmung bei den Thüringern – Detlef Zschiegner, Yvonne Probandt und Anja Kolbe | Bild 07: Generalsekretär Patrick Kurth

Bundesparteitag 2008 in München

Thüringer FDP bei halbem Mehrwertsteuersatz erfolgreich

Starker Auftritt der Thüringer FDP zum Bundesparteitag in München. 30 Thüringer waren vor Ort, davon 18 Delegierte. „Das zeugt von Begeisterung und Geschlossenheit“, so Landeschef Uwe Barth MdB. Und die Liberalen waren in Sachen Programmatik erfolgreich. Mehrere Anträge wurden beschlossen. Der größte Erfolg: „Unser Antrag, auf Energie und Kraftstoff den verringerten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent zu erheben, wurde zunächst vom Bundesvorstand übernommen und dann anschließend vom Bundesparteitag beschlossen“, freute sich Barth. Die Thüringer hatten gemeinsam mit Sachsen-Anhalt den Antrag „Energie als Brotpreis des 21. Jahrhunderts“ gestellt.

Auch bei weiteren Anträgen sahen sich die Thüringer bestätigt. So sprachen sie sich für die weitere steuerliche Absetzbar-

keit des Schulgeldes aus und unterstützten einen entsprechenden Antrag aus Baden-Württemberg, welcher ebenfalls beschlossen wurde. Auch die Forderung der FDP Erfurt nach einer Umkehr in der Gesundheitspolitik war erfolgreich – gemeinsam mit dem Antrag des Bundesfachausschusses, beschloss der Parteitag, den Gesundheitsfonds und die staatliche Festsetzung eines bundeseinheitlichen, für alle gesetzlichen Krankenkassen identischen Beitragsatzes abzuschaffen.

In der Hauptsache sind vom FDP-Bundesparteitag die richtigen Signale ausgegangen. „Ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem muss durchgesetzt werden. Wir haben sehr deutlich gemacht, dass besonders die Arbeitnehmer entlastet werden müssen. Unsere Steuerpolitik sehen wir dabei vor allem unter dem Ge-

rechtigkeitsaspekt“, sagte Uwe Barth. Die Gesellschaft müsse sich jenen zuwenden, die arbeiten und vom Lohn ihrer Arbeit ihre Familie ernähren.

Die aufrüttelnde Grundsatzrede vom FDP-Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle sprach vielen Delegierten und zahlreichen Menschen aus dem Herzen. Er hatte die erdrückenden Steuern und die immensen Ausgaben des Staates angegriffen. Auf dem Parteitag ergriffen auch mehrere Thüringer Delegierte das Wort. So forderte Landeschef Uwe Barth MdB, die Bürgergesellschaft zu stärken. Generalsekretär Patrick Kurth verwies darauf, dass die FDP ihren klaren Abgrenzungskurs zur Linkspartei weiterführen müsse. Thomas L. Kemmerich, Chef des Liberalen Mittelstandes, mahnte überfällige Schritte zum Bürokratieabbau an. red

Auf ein Wort

Wen erwähnen und wen nicht?

Der Bundesvorsitzende Guido Westerwelle hatte zum FDP-Bundesparteitag im letzten Jahr eine sehr scharfe Abgrenzung der Liberalen gegenüber der sogenannten Linken vorgenommen. Diese Positionierung wurde in Medien aber auch Teilen der Partei nicht nur bejubelt. Wir, die Thüringer Liberalen, hatten diese Auseinandersetzung mit der „Vormals-SED“ begrüßt. Zum Bundesparteitag in diesem Jahr indes blendete Westerwelle die Problematik um die Linkspartei fast völlig aus, nahm kaum Bezug auf sie und stellte höchstens einen Machtzusammenhang bezüglich der SPD her.

Ist diese Vorgehensweise richtig oder falsch? Ganz klar: Ja und Nein. Ja deshalb, weil die stete Erwähnung des politischen Gegners diesen zu gewisser Prominenz verhilft. Wir sehen dies auf der anderen Seite des politischen Spektrums. Rechts-extreme Parteien etwa leben davon, in

den Medien präsent zu sein, auch wenn es sich um durchweg negative Berichterstattung handelt. Eine fehlende inhaltliche Auseinandersetzung durch die FDP mit der PDS kann aber auch falsch sein. Die Linken – allein der Name erinnert an den



bekanntem Alleinvertretungsanspruch für eine gesamte politische Richtung – haben in den letzten Monaten einen aggressiven Klassenkampf angeschlossen. Diese Partei macht hässliche Parolen aus totalitären

Zeiten salonfähig. Losungen wie „Überwindung des kapitalistischen Systems“ oder „Freiheit durch Sozialismus“ dürfte die meisten Thüringer anwidern. Selbst Ausnahmen wie die öffentliche Verteidigung der Staatssicherheit oder die Rechtfertigung der Mauer waren bis vor kurzem selbst für diese Partei undenkbar.

Damit ist die Linke ein zutiefst inhaltlicher Gegner. Wobei eine inhaltliche Auseinandersetzung dann schwierig wird, wenn diese Partei „das System“ – wie sie es nennt – oder unser „gesellschaftliches Zusammenleben“ – wie wir es nennen – nicht akzeptiert beziehungsweise bekämpft. Ob wir Liberale in dieser Auseinandersetzung den Linken Wähler abringen können, ist nicht sicher. Sicher aber ist, dass wir durch eine intensive Auseinandersetzung unsere eigenen Wähler aktivieren und mobilisieren werden. Auch darum muss es in den kommenden Monaten gehen. pak

Landeskongress der Jungen Liberalen in Greiz

Inhaltliche und personelle Weichen für 2009 gestellt

Inhaltliche und personelle Weichen für das Superwahljahr 2009 stellten die Jungen Liberalen auf ihrem Landeskongress, der vom 17. bis 18. Mai 2008 im ostthüringischen Greiz stattfand. So verabschiedeten die JuLis als programmatische Grundlage für die kommenden Wahlen ein Grundsatzprogramm. Im Leitantrag wurde die jahrelange Untätigkeit der Thüringer Landesregierung verurteilt, die keine Antwort auf die drängenden Fragen zur Zukunft des Freistaates anzubieten habe. „Für uns Jungliberale ist es unbegreiflich, dass sich seit den Wahlen im Jahr 2004 nichts wirklich Grundlegendes geändert hat. Das einzige, was wir in unserem Wahlprogramm aktualisieren müssen ist die Jahreszahl“, meint Gerhard Jahns, stellvertretender Landesvorsitzender. Jahns wurde in Greiz zum Spitzenkandidaten für die anstehende Landtagswahl gekürt. Der Jenaer trat dabei ohne Gegenkandidat an.

Dem stimmt Evelyn Zschächner, Kreisvorsitzende des gastgebenden JuLi-Kreisverbandes zu. „Gerade im Osten des Freistaates ist es notwendig, der jungen Generation eine Zukunftsperspektive zu bieten. Fehlende Arbeitsplätze, geringe Löhne und schlechte berufliche Entwicklungsperspektiven sind die Ursache für die hohe Abwanderungsquote.“ Besonders

ungünstig sei die Situation für junge Frauen. „Nirgendwo in Thüringen verlassen mehr Frauen ihre Heimat als im Landkreis Greiz“, so Zschächner. Dies zeige, dass „Kindergartenplätze allein keine Frau zum Bleiben in einer strukturschwachen Region bewegen können. Was zählt ist ein Arbeitsplatz mit einem entsprechenden Lohn.“ Dies unterstrich auch Thomas L. Kemmerich, Landesvorsitzender des Liberalen Mittelstandes und Kreisvorsitzender der FDP Erfurt. Dirk Bergner, Kreischef der Greizer FDP, bekräftigte diese Forderung und verwies auf das Engagement der Liberalen im Landkreis.

Neben politischen Debatten stand auch ein kultureller Höhepunkt auf der Tagesordnung. „Bei einem Rundgang mit dem Nachtwächter durch die Greizer Altstadt konnten die JuLis sicher einen bleibenden Eindruck von unserer Heimat gewinnen“, so Evelyn Zschächner. eve



Patrick Brauckmann, Landesvorsitzender der JuLis, Evelyn Zschächner, Kreisvorsitzende der JuLis Greiz und Dirk Bergner, FDP-Kreisvorsitzender Greiz (v.l.n.r.)

Kommune Floh-Seligenthal

Liberaler Speerspitze an der Basis

Floh-Seligenthal – so heißt die liberale Hochburg, die eigentlich Floh-Seligenthal-Struth/Helmersdorf-Schnellbach-Klein-Schmal-kalden heißen müsste. Floh-Seligenthal, Thüringens zweitgrößte Gemeinde, ist seit der Wende stark gewachsen. Der sogenannte Einheitsgemeinde sind zahlreiche Dörfer der Umgebung beigetreten. „Es war wohl der wirtschaftliche Erfolg aber auch der persönliche Umgang“, so Peter Fräbel, der FDP-Bürgermeister. Zuletzt wurde er mit satten 99,4 Prozent wiedergewählt. Im Gemeinderat, dem übrigens auch Ex-Minister Andreas Trautvetter (CDU) angehört, stellt die FDP die Hälfte der Stimmen. Die Bilanz des Ortes ist entsprechend beeindruckend. Sechs Prozent Arbeitslosigkeit, 50 Betriebe aus dem produzierenden Bereich bei knapp 7.000 Einwohnern. Kredite und Rücklagen gegengerechnet ist die Gemeinde praktisch schuldenfrei. Das kann sich sehen lassen.

Die florierende Wirtschaft ist eingebettet in eine beeindruckende Landschaft. Direkt am Rennsteig und mit zahlreichen Wander- und Sportmöglichkeiten versehen, ist der Ort seit dem Jahr 2000 „Staatlich anerkannter Erholungsort“. Dennoch hat sich Floh-Seligenthal nicht auf den Tourismus allein verlassen. „Viel zu unsicher und zu schwankend“, sagt Fräbel. Von Anfang an habe sich der Gemeinderat auf den produzierenden Mittelstand konzentriert. Vor allem traditionelle Betriebe aus der Umgebung habe man unterstützt. „Zugewandert sind nur wenige Unternehmen.“ Viele der Unternehmer und Kommunalpolitiker kennen sich seit der Schulzeit. Man ist gemeinsam aufgewachsen, hat vergleichbare Lebensabschnitte und lebt seit Jahrzehnten quasi Tür an Tür. Das erleichtert die Zusammenarbeit.

Auch deshalb ist die Wirtschaft sehr rasch gewachsen, die Gewerbegebiete waren entsprechend schnell „ausgebucht“. Dabei hat Peter Fräbel, von Hause aus Lehrer, darauf geachtet, „dass wir keine beleuchteten Wiesen anlegen. Wir haben die Gewerbegebiete dann eröffnet, wenn die Nachfrage bestand“, so Fräbel. Auf insgesamt drei Gewerbegebiete ist die

Gemeinde angewachsen. Ein viertes wird demnächst eröffnet. „Dann ist die Kapazität ausgeschöpft“, so der FDP-Bürgermeister. Aufgrund der Rennsteiglage sei man durch natürliche Barrieren eingeschränkt. Mit den dann vier Gewerbegebieten hat der Gemeinderat dennoch eine beachtliche Leistung vollbracht: Die Betriebe und Hallen der mittelständischen Unternehmen, Händler und Produzenten fallen zwischen den Wohnhäusern, den schlängelnden Straßen und den an den Hängen weidenden Kühen kaum auf. Die Gebiete wurden in das Gemeinde- und Landschaftsbild stimmig eingebunden. Und man ist stolz darauf. „Hier war noch von ein paar Jahren Felder“, erklären Bürgermeister wie Gemeinderatsmitglieder öfter. Und was wäre gewesen, wenn eine linke oder eine Ökopartei über Jahre hinweg die Mehrheit im Gemeinderat gehabt hätte bzw.

Nahrungsmittelhersteller Hopf, geführt von vier Brüdern, sollte zu Gunsten anderer Standorte geschlossen werden. Die Zahlen sprachen für den Betrieb, der Handel auch. Letzterer drohte, das Warensortiment des Mutterkonzerns aus den Lebensmittelketten zu nehmen, sollten die hochwertige Produktion aus Floh-Seligenthal verlagert werden. Hinzu kam politischer Druck seitens der Landesregierung, des Landkreises und natürlich durch Bürgermeister Fräbel. Der Mutterkonzern gab nach, der Betrieb arbeitet seither mit noch höherem Umsatz. „Zum Teil kehren bereits verlagerte Produktionen wieder zurück. Wir arbeiten eben mit hoher Qualität und starker Effizienz“, sagt Geschäftsführer Manfred Hopf, der natürlich ebenfalls für die FDP im Gemeinderat sitzt.

Überhaupt: An der FDP kommt man in Floh-Seligenthal schlecht vorbei. „Ande-



Bild 01: FDP-Bürgermeister Peter Fräbel (l.) leitet die Geschicke Floh-Seligenthals | Bild 02: Peter Fräbel, Generalsekretär Patrick Kurth und die Geschäftsführer der Firma Hopf, deren Betrieb vor einer Schließung gerettet wurde, bei einer Betriebsbesichtigung. Foto: Benkert

den Bürgermeister stellte? Lächeln beim jetzigen FDP-Amtsinhaber Fräbel, Lächeln auch bei anderen Gemeinderatsmitgliedern. Vorstellen mag man sich das freilich nicht. Höchstwahrscheinlich nach wie vor Wiese. Und in der Gemeinde zahlreiche Arbeitslose.

Dennoch muss das Erreichte täglich verteidigt werden. Erst kürzlich hat das Dorf zusammengestanden. Einen Betrieb wollte der Mutterkonzern aufgeben. Der

erseits machen wir auf Kommunalebene Sachpolitik und keine Parteienpolitik“, sagt Fräbel. Und was empfiehlt er der Landespartei? Sich so oft wie möglich ein Bild vor Ort zu machen. „Basisarbeit und das Erlernen aus der Praxis und anschließend für die Praxis bringt oft mehr, als ständige Gremiensitzungen. Schreibtischarbeit ist gut, die Praxis sieht aber oft anders aus“, sagt Fräbel, der gerade auf dem Weg zum No-
tar ist, wegen der Gewerbegebiete. pak



Thüringer Liberale zur Präsidentin der NID gewählt

Die FDP tritt für den Nichtraucherschutz ein. Dies wird jetzt auch personell deutlich sichtbar: Die stellvertretende FDP-Kreisvorsitzende Erfurt, Frau Prof. Dr. Ingeborg Aßmann, wurde am 26.4.2008 in Berlin zur Präsidentin der Nichtraucher-Initiative Deutschland e.V. (NID) gewählt. Wir gratulieren! Die NID besteht seit 1988 als Dachverband der seit 1974 bestehenden regionalen Nichtraucher-Initiativen. Sie ist die größte Nicht-Regierungs-Organisation Deutschlands, die sich mit dem (Nicht-)Rauchen befasst. „Wir treten für den Schutz der Nichtraucher, insbesondere auch der Kinder ein, um die Gefahren des Rauchens, besonders des Passivrauchens, auf die Gesundheit zu minimieren“, so Dr. Aßmann. Allerdings gibt es zwischen der Politik der Thüringer FDP und der NID dennoch Unterschiede: Während die FDP Thüringen gegen ein generelles Rauchverbot in sogenannten Eckkneipen eintritt, befürwortet die NID eine solche Regelung.

Ehrentag

Kurt Fritze feierte am 30. Mai 2008 seinen 85. Geburtstag. Mit ihm verbinden die Thüringer Liberalen eine ganz besondere Geschichte. Kurt Fritze war anwesend, als sich am 9. Juli 1945 in Weimar die Demokratische Partei, wie sich in Thüringen die Liberal-Demokratische Partei (LDP) bis Dezember 1945 zunächst nannte, gegründet wurde. Und Fritze schrieb – bis heute weitgehend unbekannt – deutsch-deutsche Geschichte, denn er verhalf Wolfgang Mischnick, dem späteren Bundesminister und FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzenden, zur Flucht und bewahrte ihn damit vor der Verhaftung – die Thüringen Liberal wird über die Hintergründe dafür ausführlich in der nächsten Ausgabe berichten. Zu seinem Ehrentag erhielt Kurt Fritze neben persönlichen Glückwunschscheiben des FDP-Bundvorsitzenden Guido Westerwelle und des Landesvorsitzenden der FDP Thüringen, Uwe Barth MdB, auch die Glückwünsche des gesamten Kreisverbandes.

Wiedergewählt

Der Erfurter FDP-Vorsitzende Thomas L. Kemmerich wurde bei der Mitgliederversammlung des Zentralverbandes des Deutschen Friseurhandwerks in den Wirtschafts- und Sozialausschuss gewählt. Kemmerich, Vorstandsvorsitzender der in Erfurt ansässigen Friseur Masson AG und zugleich Landesvorsitzender des Liberalen Mittelstandes Thüringen, gehört diesem Gremium damit weitere drei Jahre an. Neu im Vorstand ist auch die Erfurterin Sibylle Hain, die auch Mitglied bei den Liberalen ist.

Gegliederte Schule

Ein nach wie vor großes Thema im LFA I, geleitet von Jürgen Ehrlich (Gotha), ist das Thema „gegliedertes Schulsystem“. Vor allem die Frage, wie die Trennung der Klassen in Richtung Gymnasium oder Regelschule erfolgen könnte, wird heiß diskutiert. Für die nächsten Sitzungen stehen allerdings die Themen Kultur in Thüringen und frühkindliche Bildung im Vordergrund.

Besichtigungen

Ende Mai reiste Generalsekretär Patrick Kurth durch mehrere Kreise. Er besuchte zahlreiche Firmen und Vereine gemeinsam mit Bürgermeister Peter Fräbel in Floh-Seligenthal, mit Kreischef Marian Koppe in Rudolstadt sowie mit den neuen Ortsvorsitzenden von Waltershausen, Torsten Köhler-Hohlfeld. Beeindruckend sei der Optimismus, der in den Firmen trotz zum Teil schwieriger Lage vorherrsche. „Der Mittelstand ist auch in den Kommunen eine der wichtigsten Säulen in unserer Gesellschaft“, so Patrick Kurth.

GEBURTSTAGE

Thüringen Liberal gratuliert herzlich zum Geburtstag: Ursula Apel (90), Herta Ehrlich (85), Fritz Gerns (85), Wiegand Friedrich (85), Kurt Fritze (85), Doris Klein (85), Ely Gössel (85), Helene Käseberg (75), Erhard Dartsch (65), Peter Galle (65), Burghild Wiczorek (65), Ulrich Zausch (65), Gerd Preuß (65), Herbert SchindeWolf (65), Kurt Schlenstein (65), Winfried Sobanski (65), Karl Lesser (60), Peter Gzik (65), Fritz Georg Kupfer (60), Volkhard Ansorg (60), Wolfgang Brückner (60), Dr. Wolfgang Pape (60), Ronald Hanß (60), Almuth Jeschonneck (60), Horst-Rudolf Straube (60).

Unsere herzlichen Glückwünsche auch an alle weiteren Geburtstagskinder: Heidemarie Bischoff, Silvio Schweinsberg, Patrick Brauckmann, Bastian Schwozter, Annette Schollmeyer-Lauterbach, Karsten Schalla, Prof. Dr. Helmut M. Niegemann, Klaus-Dieter Landgraf, Karin Zarnetta, Bernd Hollenbach, Konrad Erben, Dr. Jan Ballweg, Herbert Rudovsky, Petra Schröder, Torsten Köhler-Hohlfeld, Sabine Junhold, Jürgen Leybold, Anja Kolbe, Kathi Köberich, Horst Rodegast, Dr. Hans-Jürgen Ulonska, Maria-Elisabeth Grosse, Karsten Weder, Doreen Hammer, Ben Guttmacher, Mendy Simon, Gerhard

Tenner, Lutz Recknagel, Wilhelm Steigleder. Alles Gute auch den nahezu 360 weiteren Geburtstagskindern, die aus Platzgründen leider nicht namentlich aufgeführt werden konnten.

Jüngste Eintritte: Wir begrüßen Monika Becker, Stefanie Drechsel, Jörg Fischer, Martin Förster, Benjamin Fritsch, Stefan Grosch, Gabriele Herfert, Ronald Hey, Björn Köbis, Lars Ludwig, Rene Papiotta, Falk Pitzke, Dieter Richter, Christian Schönthal, Uwe Trambo, Alexander Unger, Karoline Walther, Jürgen Wolf, Andreas Zeiße in der FDP.



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

EU BRICHT IN KOMPETENZEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN EIN

Brüssel plant Citymaut und Ökosiegel für kommunale Fuhrparks

Fast zwei Drittel aller EU-Bürger leben in Städten und Großstädten. Die meisten dieser Städte eint das gleiche Problem: Der Individualverkehr nimmt immer weiter zu, mit ihm Lärm und Staus. Dieser Thematik widmet sich ein neues Grünbuch der EU-Kommission. Obwohl der Stadtverkehr ganz zweifellos der Hoheit der Kommunen zugerechnet wird, will die Europäische Union eingreifen. Sie begründet die Notwendigkeit damit, dass die Kommunen ihre Probleme nicht alleine lösen könnten und einer Koordination auf europäischer Ebene bedürfen. Ein Schlag ins Gesicht jedes Kommunalpolitikers. Warum sollten Beamte im fernen Brüssel besser wissen, welche Lösungen für die Verkehrsprobleme von Lissabon bis Dresden die besten sind?

Die EU-Kommission schlägt einen europäischen Rechtsrahmen für die City-Maut vor, auch die Verteuerung von Parkplätzen, ebenso wie die Ausweitung der Eurovignette auf den Stadtverkehr und

Eingriffe in den Anlieferverkehr. Der Neu- und Ausbau von Straßen soll gebremst werden. Auch die Einführung des Postens eines städtischen Beauftragten für Fußgänger- und Radfahrpolitik wird vorgeschlagen.

Folgender Passus ist im Grünbuch unter anderem zu lesen: „Die Bereitstellung von mehr Parkplätzen kann langfristig zu mehr Autoverkehr führen, besonders dann, wenn das Parken kostenlos ist. Parkgebühren können als wirtschaftliches Instrument genutzt werden.“ Kann ein Zitat entlarvender sein?

Dem Grünbuch werden konkrete Gesetzesvorschläge folgen. Aber erstens darf die EU die Entscheidungsspielräume der Kommunen für Lösungen vor Ort nicht einschränken, dazu hat sie nicht das Recht. Und zweitens, Aufgabe der Politik ist nicht die Umerziehung der Bürger, sondern die bestmögliche Anpassung der Lebensbedingungen an ihre Bedürfnisse.

Wesentlich weiter gediehen ist eine anderer Vorstoß der EU-Kommission: Dem Parlament liegt bereits ein Richtlinien-vorschlag über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge zur Beratung vor. Sie beabsichtigt, die öffentliche Hand und insbesondere Kommunen zu zwingen, zukünftig die Umweltfreundlichkeit von Straßenfahrzeugen bei ihrer Beschaffung als wichtiges Kriterium zu berücksichtigen, mit der Absicht, damit eine „Marktschaffung“ für besonders energieeffiziente Nutz- und Spezialfahrzeuge zu verursachen.

Mit diesem Richtlinien-vorschlag wird unterstellt, dass bei Beschaffungen von Bussen, Straßenbahnen, Räumfahrzeugen u.ä. Umweltaspekte völlig unbeachtet bleiben. Die CO₂-Bilanz eines Omnibusses wird demnach zum Ausschreibungskriterium und muss nach Brüssel gemeldet werden. Was folgt, ist zusätzlicher Verwaltungsaufwand ohne Umweltnutzen. Omnibusse mit einem hohen Kraftstoffverbrauch werden höhere Ticketpreise für die Nutzer des Nahverkehrs nach sich ziehen. Allein das ist bei den ÖPNV-Betrieben Motiv genug, Umweltaspekte bei der Fahrzeugbeschaffung zu berücksichtigen. Ganz nebenbei verstößt der Richtlinien-vorschlag auch gegen das europäische Vergaberecht. Gut gemeint, falsch gemacht – das ist noch das Mildeste, was einem angesichts dieser fatalen Eingriffe in Recht und Gesetz einerseits und die Entscheidungshoheit der Kommunen andererseits einfällt. Letztere sind gezwungen, mit immer weniger Mitteln immer mehr Aufgaben zu erfüllen, dem setzt die Richtlinie nur noch einen drauf.

Die Mehrheiten gegen solche Vorschläge zu sammeln wird aber schwer, denn in Brüssel gibt es genügend Leute, die es besser zu wissen glauben als Stadträte und Bürgermeister. Hier sind Sie gefragt, liebe Leser der Thüringer Liberal! Machen Sie mobil dagegen.

HOLGER KRAEMER . MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
KONTAKT: EUROPÄISCHES PARLAMENT . ASP 10G142 . 60 RUE WIERZ
B-1047 BRÜSSEL . TELEFON +32 2 28-45344 . TELEFAX +32 2 28-49344
HOLGER.KRAEMER@EUROPARL.EUROPA.EU . HOLGER-KRAEMER.DE

Angriffe auf die Urteilskraft

Über Wahrheit und Lüge im öffentlichen Raum

„BILD Dir Deine Meinung!“ lautet der Werbeslogan einer bekannten deutschen Gazette. Ohne Frage, gäbe es keine freie Presse, keine unabhängigen Medien, die unparteilich über Tatsachen und Sichtweisen informieren, könnten sich die Menschen keine Meinung bilden. Dann wäre auch Demokratie nicht möglich. Sie sind es, die den Bürger mündig machen und ihn in den Stand versetzen mitzureden und mit zu entscheiden. Eine große Zahl von Publikationen ist jedoch für den Leserkonsum oder gar nicht durchschaubar. Sei es, dass es an Informationen oder Faktenwis-

sen mangelt, oder dass die Informationen so verfälscht dargestellt werden und sich so einer Prüfung entziehen. Meinungsbildung wird so zur Meinungslenkung.

Ein signifikantes Beispiel für den Angriff auf die Urteilskraft ist Landolf Scherzers Buch „Der Grenz-Gänger“, erschienen im Aufbau-Verlag, und die damit verbundene Berichterstattung in den Medien. Scherzer begibt sich auf eine Wanderung entlang der thüringisch-bayerischen und thüringisch-hessischen Grenze. Die Idee war eigentlich gut: Im Herbst 2004 machte sich der Thüringer Schriftsteller Landolf Scherzer auf den Weg, um den Stand des Vereinigungsprozesses aus der Sicht der Menschen der ehemaligen Grenzregion zu beschreiben. Die Ausführung allerdings geriet schlecht: Mit irreführenden Zitaten konstruiert er ein Zerrbild der wirklichen Verhältnisse. Im Stile alter SED-Propagandisten bewegt er sich entlang der Argumentationslinien, wie sie heute noch im PDS-Milieu ver-

breitet sind. In dem dort vorherrschenden schlichten Weltbild erscheint alles originär Bundesdeutsch-Westliche als negativ, das DDR-Östliche dagegen, insoweit es als Ausdruck der sozialistischen Idee gilt, als positiv. Ehemals treue SED-Mitglieder kommen bei Scherzer nicht nur gut weg, er bietet ihnen in seinem Buch auch noch ein Podium für ihre kruden Sichtweisen. So lässt er den ehemaligen Politchef eines Grenzregimentes zu Wort kommen. Auf seine Frage nach den Gründen zur Flucht über die Grenze antwortete jener: „Lust, sich anderswo auszuprobieren. Angst vor

Scherzers schrumpft die Tatsache einer durch eine handschriftliche Verpflichtungserklärung und entsprechende Berichte bewiesenen Stasi-Tätigkeit der ehemaligen PDS-Landtagsabgeordneten zur bloßen Meinungsäußerung. Lediglich ein namentlich nicht genannter Nachbar von Beck wird durch den Autor zitiert, der von einem „Stasi-Vorwurf faselt“.

So sorgt der „Grenz-Gänger“ für die Vernebelung der Wirklichkeit und entzieht dem Urteil der Leser die Grundlage. Völlig anders indes geht Scherzer mit Gegnern des SED-Staates um. So führt er den durch seine kritischen Kommentare zu SED-Unrecht und PDS bekannten Chefredakteur der Südthüringer Zeitung, Berthold Dücker, einen ehemaligen DDR-Flüchtling, der 1964 als 16-Jähriger um ein Haar sein Leben beim Überqueren eines Minenfeldes verloren hätte, als Heuchler vor. Weitere Beispiele ließen sich anfügen. Scherzer liefert den Beleg für Hannah Arendts These, dass der Totalitarismus das Urteilsvermögen beschädigt. Einzig darin besteht der Wert dieses Buches. *pur*



Bestrafung nach einer kriminellen Tat. Opposition zum DDR-System. Eifersucht und Liebeskummer. Manche sind auch völlig besoffen nach einer ausgedehnten Kneipentour über die Grenze.“

Scherzers zweifelhafte Zitate heißen letztlich nichts anderes als: Unangepasste, Kriminelle, Asoziale und Verwirrte, ganz im Sinne der Ideologie des SED-Regimes. Dass alle Flüchtlinge, im Buch natürlich durchweg als Grenzverletzter diffamiert, die Sehnsucht nach Freiheit, Selbstverwirklichung und Individualität eint, findet selbstredend keine Erwähnung.

Überhaupt – „Maueropfer“ scheint es keine gegeben zu haben, bis auf jene, die beim Grenzdienst zu Schaden kamen. So werden aus Tätern Opfer gemacht. Auch für ehemalige Stasi-Zuträger legt Landolf Scherzer ein gutes Wort ein. So etwa für Almut Beck, die zu DDR-Zeiten als zweite Margot Honecker der Volksbildung im Kreis Sonneberg galt. In der Darstellung

IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

Herausgeber • FDP Thüringen | Pressestelle
Tschalkowskistraße 35
DE-99096 Erfurt
Telefon +49 361 3456482
Fax +49 361 3455924
pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de

Redaktionsleitung • Patrick Kurth | pak

Redaktion • Evelyn Zschächner | eve
Paul Gellner | pag
Klaus-Dieter Landgraf | kd
Ingo Reimann | ir
Matthias Purdel | pur

Layout & Satz • RAUM II
Körnerstraße 56
DE-04107 Leipzig
Telefon +49 341 30326760
Fax +49 341 30326768
info@raum-zwei.com
www.raum-zwei.com

Erscheinung • „Thüringen Liberal“ erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.